

Karner plant geheime Messenger-Überwachung – Datenschützer alarmiert!

Innenminister Karner plant für den 6. April 2025 heimliche Überwachung von Messenger-Diensten zur Terrorismusbekämpfung, was zu scharfer Kritik führt.

Deutschland - Am 6. April 2025 sorgt die geplante heimliche Überwachung von Messaging-Diensten wie WhatsApp und Signal durch Innenminister Gerhard Karner (ÖVP) für erhebliche Diskussionen in der Öffentlichkeit. Laut **exxpress.at** ist das erklärte Ziel dieser Maßnahme die Bekämpfung von Terrorismus. Doch Datenschützer und Opposition zeigen sich empört über die Pläne und warnen vor einem möglichen Dammbruch in Bezug auf den Datenschutz. Diese Entwicklungen werfen Fragen über den Schutz der Privatsphäre in einer zunehmend digitalen Welt auf.

Digitale Technologien ermöglichen zwar weltweite
Kommunikation und verbessern beispielsweise die medizinische
Versorgung, jedoch werden sie auch für Überwachung und
Manipulation missbraucht. Das lässt sich laut Amnesty
International deutlich erkennen, wo autoritäre Regierungen
Spähsoftware gezielt gegen Aktivisten einsetzen. Auch in
Deutschland wird eine verstärkte Diskussion über die Nutzung
von Überwachungstechnologien im öffentlichen Raum geführt,
was insbesondere Schutzsuchende und marginalisierte Gruppen
betrifft.

Überwachungstechnologien und Menschenrechte

Die Pläne zur Überwachung von Messaging-Diensten begegnen dem Schatten digitaler Gewalt und Diskriminierung. Amnesty International hebt hervor, dass der Einsatz von diskriminierenden KI-Systemen in der EU bereits zu unfairen Entscheidungen führt, wie der ungerechtfertigten Beschuldigung von Menschen des Sozialbetrugs. Die Möglichkeit, Bewegungen und Ansichten durch Technologien wie Gesichtserkennung und Stimm-Scanning zu kontrollieren, stellt eine direkte Bedrohung dar.

Zusätzlich wird in den Berichten auf die rasante Entwicklung digitaler Technologien hingewiesen. Obwohl sie Chancen für Fortschritt bieten, bergen sie auch unvorhersehbare Risiken. Laut das-wissen.de ist das Verhältnis zwischen Künstlicher Intelligenz (KI) und Menschenrechten komplex, da KI-Systeme sowohl als Unterstützung als auch als Bedrohung für Menschenrechte auftreten können. Transparenz und Rechenschaftspflicht sind daher unerlässlich, um sicherzustellen, dass der Einsatz dieser Technologien im Einklang mit ethischen Grundsätzen erfolgt.

Forderungen an die Bundesregierung

Vor diesem Hintergrund fordern Menschenrechts- und Datenschützer eine umfassende gesetzliche Regelung. Dazu gehört ein Verbot besonders invasiver Spionagesoftware wie "Pegasus" und ein Stoppsignal für den Handel mit Überwachungstechnologien ohne internationale Regelungen. Die Schaffung unabhängiger Kontrollinstanzen für Geheimdienste sowie der Schutz der Bürger vor illegaler Überwachung stehen auch auf der Agenda.

Die ernannte neue EU-Migrationskommissar Markus Brunner sowie weitere politische Akteure werden aufgrund ihrer Qualifikationen sowie der Diskussion um Staatsverschuldung kritisch hinterfragt. Ex-Kanzler Karl Nehammer wird für einen Top-Posten bei der Europäischen Investitionsbank gehandelt, was ebenfalls Fragen zu den Pensionen an ehemaligen

Führungsfiguren aufwirft.

Inmitten dieser Entwicklungen sorgt auch ein Vorfall bei der ARD-Jubiläumsshow für Aufregung. Kabarettist Didi Hallervorden hat durch rassistische Äußerungen einen Shitstorm ausgelöst, der weiter für Diskussionen über Rassismus in den Medien sorgt. Die Auseinandersetzung wird von Moderator Volker Piesczek im Gespräch mit Laura Sachslehner (ÖVP) und Polit-Analyst Gerald Markel behandelt.

Zusammengefasst zeigt sich, dass die Überwachung durch moderne Technologien nicht nur die individuelle Privatsphäre verletzt, sondern auch schwerwiegende Auswirkungen auf die Gesellschaft und den Schutz der Menschenrechte haben kann. Es bedarf dringend einer klaren und verbindlichen rechtlichen Grundlage, um diesen Fragen entgegenzutreten und eine Balance zwischen Sicherheit und Freiheit zu finden.

Details	
Vorfall	Terrorismus, Rassismus
Ort	Deutschland
Quellen	• exxpress.at
	www.amnesty.de
	• das-wissen.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at